

Bundestagswahl 2005: Es steht viel auf dem Spiel

Sie haben die Wahl!



Wer soll künftig unser Land regieren? Rot-Grün oder eine arbeitgeberfreundliche Koalition aus CDU/CSU und FDP? Sozialstaat, Tarifautonomie, Mitbestimmung, Kündigungsschutz, es steht viel auf dem Spiel. SIE HABEN ES SELBST IN DER HAND!

Die Neuwahl zum Bundestag steht bevor. Es geht um eine Richtungsentscheidung. Werden zahlreiche erkämpfte Arbeitnehmerrechte und der Sozialstaat bisheriger Prägung ins Geschichtsbuch verschwinden? Halten wir am Modell der sozialen Marktwirtschaft fest oder bekommen wir einen Markt ohne Leitplanken? Sie haben die Wahl. Sie entscheiden!

Die IG Metall ist parteipolitisch unabhängig. Aber sie ergreift Partei. Wir ruft nicht zur Wahl einer bestimmten Partei auf. Aber wir sagen unsere Meinung und erheben die Stimme für eine Politik, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit schafft.

Union und FDP haben deutlich gemacht was sie nach dem Wahlabend planen: **Tarifverträge aushebeln,**

Mitbestimmung verschlechtern und Kündigungsschutz aufweichen. Arbeitnehmer sollen so der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt werden. Diese Politik hat in der Vergangenheit nicht zu Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen beigetragen. Sie wird es auch in Zukunft nicht.

Jetzt kommt auch noch ein Fundamental-Reformer wie Paul Kirchof und wird in das sogenannte Kompetenzteam von Unionskandidatin Merkel aufgenommen. Er propagiert ein **Steuersystem mit einem Spitzensteuersatz von nur noch 25 Prozent Einkommenssteuer.** Freuen können sich über den Flat-Tax getauften Einheitstarif allerdings nur die Spitzenverdiener. Ihnen winken weitere Steuergeschenke in Milliardenhöhe.

Auf der Strecke bleiben neben den öffentlichen Haushalten auch

Schichtarbeiter, Arbeitslose und Rentner, denn **Schichtzuschläge sollen künftig besteuert und die Entfernungspauschale massiv gekürzt werden.**

Diese schamlose Umverteilung von unten nach oben würde dem Staat in den kommenden Jahren Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe bescheren. Ein Alptraum für Deutschland. Außerdem bescheinigen die Finanzminister von Bund- und Ländern sowie zahlreiche Wirtschaftsinstitute dem Modell: Es ist nicht finanzierbar.

Bei aller Kritik an den demokratischen Parteien, den politischen Akteuren auf dem Berliner Parkett und der Politik der vergangenen Jahre ist es keine Lösung nicht zur Wahl zu gehen. Jede Stimme zählt.

Gehen Sie wählen! Sonst entscheiden andere für Sie!